

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 17 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatlich 16 000 M. Bei Postbezug
monatlich 17 060 M. Unter Streifband in Polen monatlich 24 000 M., in Deutsch-
land und Danzig 18 000 deutsche M. — Einzelnummer 1000 M. — Bei höherer
Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Besitzer
seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelzeile 800 Mark, für
die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark. Deutschland
und Freistaat Danzig 800 bzw. 3200 deutsche Mark. — Bei Platzvorschrift und
schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich
erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2000 M. — Für das Erscheinen
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Poststellenkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 162.

Bromberg, Freitag den 20. Juli 1923.

47. Jahrg.

Der Schutz der Minderheiten.

Die "Revue de Genève", eine der wichtigsten in der Schweiz in französischer Sprache erscheinenden Zeitschriften, bringt in ihrer Juni-Nummer 86 eine ausführliche Studie des Barons Adolphe Heyking, die den Unzulänglichkeiten des Minderheitenschutzes gewidmet ist.

"Es muß festgestellt werden", so beginnt der Autor seine Betrachtungen, "dass die Idee von den Rechten der Minderheiten sich nur langsam, schrittweise entwickelt, so wie auch die Idee der Freiheit selbst ein langes Entwicklungstadium hat durchmachen müssen, ehe sie ins Bewusstsein der zivilisierten Staaten trat. Sicherlich hat die dritte Plenarversammlung des Völkerbundes bedeutend zum Fortschritt dieser Idee beigetragen. Unter allgemeinem Beifall wurde der Völkerbund „zum Beschützer sämtlicher Minoritäten der Welt“ proklamiert; der beredte H. Motta stellte fest, dass die Rassen und ihre Sprachen einen so großen geistigen, ja heiligen Schatz darstellten, dass sie es vollauf verdienten, vor dem Druck eines jeden Machthabers geschützt zu werden.“

Der Versailler Vertrag war bestrebt, so viele deutsche Minderheiten zu schaffen, als möglich war. Solche Minderheiten gibt es in Frankreich, in Luxemburg, Dänemark, Jugoslawien, Tschechien, Polen, Rumänien, Litauen, Lettland, Estland, Kurland, ohne noch das deutsche Element in der Schweiz, wo es die Mehrheit bildet, hinzuzuzählen. Von 100 Millionen Deutschen leben nicht weniger als 40 Millionen außerhalb der Grenzen von Deutschland. Dies lässt die Möglichkeit, wenn nicht gar die Gefahr einer pan-germanistischen, irredentistischen Bewegung voranschauen, die ebenso wie die panpolnische, die vanitalienische, pan-rumänische Bewegung mit unwiderstehlicher Kraft hereinbrechen könnte. Auf welche Weise wäre diese neue Gefahr zu verhindern? Dies ist eine Frage, die einer möglichst raschen Erledigung harrt.

In der Schweiz zeigt das deutsche Element nicht den geringsten Wunsch, sich mit Deutschland zu vereinigen. Warum? Weil es mit seiner Lage zufrieden ist. Ist das nicht eine Lehre für die ganze Welt, und gelangt man logischerweise nicht zu der Folgerung, dass das deutsche Element in den anderen Staaten dem Beispiel der Schweizer Deutschen folgen würde, wenn es sich in einem ähnlichen Zustand befände? Auf diese Art wäre der Gefahr des Pan-germanismus auszuweichen. Es genügt, wenn man den deutschen Minderheiten die Möglichkeit gibt, sich in den Staaten, in denen sie wohnen, zu Hause zu fühlen, und der Friede wäre gesichert; bedrückt man sie dagegen und fordert sie heraus, so wird der Krieg mit Sicherheit wieder ausbrechen.“

Eine Anomalie, die beim ersten Blick auffällt, ist die Abwesenheit einer jeglichen Vertretung der Minderheiten, nicht nur in dem Rat und in der Generalversammlung des Völkerbundes, sondern sogar in seinem Generalsekretariat. Daraus ergibt sich notwendig, dass die Informationen, über die der Völkerbund verfügt, oft parteilich sind und nicht die Erscheinungen in ihrem ganzen Umfang umfassen. Um diesen Fehler auszubessern, müsste sich das Generalsekretariat an Sachverständige unter den Minoritäten wenden. Auf Vorschlag des Prof. Murray wurde das Personal des Völkerbundes vergrößert. Warum wurden jedoch nicht auch jene aufgenommen, die die Reklamationen der Minderheiten vervollständigen könnten?

Der Begriff vom Recht gehört in das Gebiet des Rechtes und nicht in das der Politik. Die Minderheitenrechte — sofern sie dies wirklich sind — müssen nach diesem Prinzip gehandhabt werden, sonst sind sie keine Rechte mehr. Dennoch hatten sie bis jetzt einen halb politischen, halb juridischen Charakter. Es muss zu geben werden, dass bei Reklamationen von Minoritätsrechten die Prozedur des Völkerbundes zweideutig ist und einer juridischen Untersuchung nicht standhält. Die sich beschwerenden Minderheiten müssen sich begnügen, beim Sekretariat ein Gesuch einzureichen, das an den Vorständen des Völkerbundes gerichtet ist. Dies Gesuch muss zuerst vom Sekretariat bestätigt werden, bevor es dem Präsidenten vorgelegt wird. Dieser ernennt einen Untersuchungsausschuss von zwei Mitgliedern und verlangt sodann das Avis der betreffenden Regierung. Wenn dem Gesuch endgültig Folge geleistet wird und es zu einer Debatte kommt, ist kein einziger Vertreter der sich beschwerenden Minderheit zugelassen. Der Vertreter der Regierung kann sich, nachdem die Reklamation gegen ihn drei schwierige Instanzen passiert hat, genügend vorbereiten, die Sache, wie er will, zu erklären, der ganze Prozess findet bei geschlossenen Türen statt und ohne Zulassung jener, die die Beschwerde eingebracht haben! Wo bleibt da der berühmte Minderheitenschutz?

Witos über Finanzen und Heer.

Bei einem Essen aus Anlass der Einweihung einer Regimentsfahne in Sanok hielt Ministerpräsident Witos folgende Rede:

"Schon lange gilt es in der Welt als unantastbares Dogma, dass das Fundament der Existenz eines jeden Staates zwei Grundsteine sind: Heer und Finanzen. Der Staatlichkeit dient dazu, dass sich der Staat aufrecht erhalten kann, und dass es seinen Bürgern gut geht. Das Heer dient und soll dazu dienen, im Bedarfsfalle die Grenzen des Staates zu verteidigen und auch dazu, die innere Ordnung des Staates zu schützen. Was die Finanzen betrifft, so kann ich nicht sagen, dass sie gut wären. Wir machen aber jetzt eine Durchgangsperiode (ökonomisch präzisieren) durch und beständen uns auf dem Wege zur Besserung. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es in nicht fernster Zukunft besser sein wird. Anders als mit den Finanzen steht es mit dem Heere. Ich will nicht in Übertreibung verfallen, aber ich muss erklären, dass ich voller Anerkennung für das Heer bin. Es ist der Augenblick der Nation und des Staates. Ich sage nicht, dass es vollkommen ist, aber ich muss sagen, dass es auf dem Wege zur Vollkommenheit ist. Als ich Gelegenheit hatte, in den für den Staat sehr schwierigen Stunden mit dem Heere in Berührung zu kommen, habe ich

festgestellt, dass sein moralischer Wert hoch ist. Das Heer dient zur Wahrung der Unabhängigkeit und auch des inneren Friedens. Dem Heere verdanken wir unsere Existenz und Unabhängigkeit. Ihm haben wir es zu danken, dass Polen sich kristallisierte, stark wurde und sich den ihm gebührenden Platz in der Welt gewählt hat. Das Heer soll dem Staat dienen, sonst hätte es seinen Zweck verloren. Das Heer ist im Staat nichts Abgerissenes, sondern lebt mit Herz und Seele mit dem Volke. Früher hat man zum Schutz des Staates starke Festungen errichtet und so die Unabhängigkeit verteidigt. Heute ist das alles wertlos. Die starke Festung ist heute des Volkes Herz, das sein Vaterland liebt. Als Vertreter der Regierung kann ich mich mit Stolz an Sie wenden und sagen: Die polnische Armee ist streitbar, gesund und gut. Sie ist der Stern der Unabhängigkeit und stets bereit, Staat und Volk zu verteidigen. Sie möge sich entfalten, sie möge leben und gedeihen."

Die Vermögenssteuer von neuem zurückgestellt.

Die für Dienstag angesetzte Diskussion über den neuen Entwurf der Vermögenssteuer in der Finanzkommission wurde — wie der "Robotnik" meldet — von neuem von der Tagesordnung abgefeiert. Der Vorsitzende der Kommission Abg. Osięcki teilte im Namen der Regierung mit, dass die Stellungnahme der Regierung zu dieser Steuer noch nicht feststeht, und das die Regierung deshalb jetzt das neue Projekt noch nicht vorlegen könnte. Nach dieser Erklärung ist (so schreibt der "Robotnik") die Kommission machlos, wenn es kein Projekt gibt, gibt es natürlich auch keine Diskussion. Der Finanzminister habe sich in der Sitzung der Kommission nicht sehen lassen, die Mehrheit der Kommission sei aber mit dieser Behandlung der Sache einverstanden.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

In der letzten Sitzung des Tarifausschusses des Staats-eisenbahnrates sprach man sich für eine Erhöhung des Eisenbahnpersonentarifs aus, und zwar um 98½ Prozent vom 1. August ab, und für eine Fracht-Tariferhöhung um 100 Prozent vom 15. August ab. Ermäßigte Tarife wurden für Naphthaerzeugnisse, die zur Ausfuhr bestimmt sind, und für Kohle festgesetzt. Zur Erleichterung von Reisen der minderbemittelten Bevölkerung wurde dem Eisenbahnministerium empfohlen, zu erwägen, ob nicht auf den längeren Strecken eine vierte Klasse eingeführt werden könnte. Der Ausschuss empfahl ferner dem Ministerium, festzustellen, ob die Ausgaben für den internationalen und den Luxusverkehr aus diesem Verkehr ihre Deckung finden; wenn nicht, müsste man hier größere Ersparnisse machen. Die Beschlüsse des Tarifausschusses werden noch in einer Ministerratsitzung erörtert werden.

Das Gut des früheren Ministerpräsidenten Gilorski.

Der "Kurier Poznański" beschäftigt sich in seiner Sonntagsnummer noch einmal mit der Person des Generals Sikorski. Er schreibt: Kürzlich durchlief einige polnische Blätter die nichtssagende Nachricht, dass General Sikorski zu Seiten seiner Ministerpräsidentschaft das Gut Parchanie bei Inowrocław erworben habe. Diese Nachricht bedarf einer gewissen Korrektur und näherer Erläuterung. Parchanie ist ein schönes Restgut eines vom Kreislandamt aufgeteilten großen Landgutes. General Sikorski erhielt Parchanie tatsächlich während seiner Ministerpräsidentschaft. Aber nicht genug damit; auch Personen, die dem General Sikorski nahestanden oder mit ihm verwandt waren, erhielten Teile des Gutes. Da das Bezirkslandamt bisher keine Bodenschätzung vorgenommen hat, kam General Sikorski ohne irgendwelchen Geldaufwand in den Besitz von Parchanie. Es sei hinzugefügt, dass General Sikorski nicht nur an sich sondern auch an seine nächsten Freunde dachte. So erhielten verschiedene von ihm protegierte Persönlichkeiten infolge eines von oben ausgehenden Drucks oder durch Empfehlungsbürokratie das Erbrecht beim Konkurs der ersten Gruppe der liquidierten Güter.

Wir müssen dem "Kurier Poznański" die Verantwortung für diese Notiz überlassen und können nicht annehmen, dass Parchanie ein zweites "Dolijsko" bedeutet. Der frühere Ministerpräsident General Sikorski ist bei den Deutschen der westlichen Wojewodschaften besonders durch seine bekannte "Entdeutschungsrede" im polnischen Rathaus in Grünberg geblieben. Das Gut Parchanie bei Inowrocław gehörte früher der preußischen Ansiedlungskommission.

Blutiger Streit.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden in Łódź und Częstochowa.

Drohender Ausbruch des Generalstreiks in Warschau.

Warschau, 18. Juli. Über die Streikbewegung im ganzen Lande sind folgende Nachrichten eingelaufen: In Łódź hat sich die Lage bedeutend verschärft, da sämtliche Textilfabriken ohne Ausnahme die Arbeit eingestellt haben. Gestern hat die Bewegung begonnen, auch auf die Metall- und Strumpffabriken überzugehen. Um 10 Uhr vormittags fand auf dem oberen Ring eine Versammlung der Streikenden statt, zu der sich weit über 10 000 Arbeiter einfanden. Nach den Reden der Streikführer be-

Mark u. Dollar am 19. Juli.

(Börslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — 1000 d. M. — 1 Doll. = 291 000 d. M.
(Auszahlung Warschau: 190)

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,50 p. M. 1 Dollar 124 000 p. M.

gab sich eine zahlreiche Gruppe vor das Lokal der christlich-demokratischen Arbeiter, um gegen die nichtsolidarischen Arbeitskollegen zu demonstrieren. Auf dem Wege drang die Gruppe in die Strumpffabrik Ebbinger ein und räumte die Werkstätte. Herbeigeholte Polizisten konnten wohl die Demonstranten auseinander treiben, von diesem Augenblick an hatten aber die Arbeiterdelegierten keine Macht mehr über die Streikenden. Um vier Uhr fand am Ring eine neue Versammlung statt, an welcher an 4000 Arbeiter teilnahmen. Es sprachen die Abgeordneten Pudolaz von der Polnischen Sozialistenpartei und Serbe von der Deutschen Arbeiterpartei. Als nach diesen Reden Kommunisten zu Wort kamen und die Arbeiter zu aggressivem Vorgehen anspornten, versuchte die Polizei die Versammlung zu sprengen. Sie wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen, einige Schüsse fielen aus der Menge, ein Kommissar und 18 Polizisten wurden verwundet, davon vier gefährlich. Dies veranlasste die Polizei, ebenfalls die Waffen zu gebrauchen. Die erste Schussalve legte einen Streikenden tot und 8 verwundet nieder. Für den heutigen Tag haben die Kommunisten ihre beiden Sejmvertreter nach Łódź berufen. Der Ministerrat hat sich unter Vorsitz des Vizeministerpräsidenten Gąbiński gestern mit der Lage in Łódź beschäftigt und die Konzentrierung starker Militärabteilungen in der Stadt angeordnet. Der Straßenbahnerstreik in Łódź ist nicht zustande gekommen.

Aus Częstochowa wird gemeldet, dass es dort gestern ebenfalls zum Blutvergießen kam. Die Arbeiter versuchten die Nichtstreikenden aus der Werkstatt der Fabrik Falzer mit Gewalt zu entfernen. Als die Polizei erschien, um die Angreifenden zu zerstreuen, wurde auf sie aus den Fenstern geschossen, wobei ein Polizist sehr schwer und 7 Polizisten leicht verwundet wurden. Von den Arbeitern wurden neun durch Kugeln und zwei durch Säbelhiebe verletzt.

In Warschau hat der Metallarbeiterstreik gestern bedeckt um sich geöffnet. 75 Prozent der Arbeiter haben bereits die Arbeit verlassen. Auf den gestrigen Versammlungen in Leszno, an denen rund 10 000 Arbeiter teilnahmen, wurde eine Resolution angenommen, wonach der Streik bis zum 19. d. M. in sämtlichen Fabriken ausbrechen soll.

Erklärungen des Abg. Harasz (christl. Dem.)

über die Streiklage in Łódź.

Wie die in Łódź erscheinende polnisch-demokratische "Republika" unter dem 18. d. M., aber noch vor Kenntnis der am gleichen Tage aus Łódź gemeldeten blutigen Vorgänge schreibt, habe die Unwesenheit der Ministers Dąrowski in Łódź die Streiklage dahin beeinflusst, dass die christlich-demokratische Vereinigung sich mit der von den Fabrikanten bewilligten Erhöhung der Löhne um 50 Prozent einverstanden erklärte und die Arbeit wieder aufnahm. Um die Ansichten des Christlich-demokratischen Verbandes kennen zu lernen, hat das genannte Blatt den Abgeordneten Harasz um eine Unterredung. Auf die Frage des Vertreters des Blattes, wie der Christlich-demokratische Verband die Forderung begründet, die Löhne auf die Vorkriegsnorm überzuführen, antwortete Herr Harasz:

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Arbeiter die fatalen Folgen des Sturzes unserer Valuta am meisten empfinden, und deswegen bin ich der Ansicht, dass die amtlichen leitenden Stellen ebenso wie die Leiter der Arbeiterbewegung sich zur Hauptaufgabe machen müssen, die Löhne auf die Vorkriegsnorm zu bringen. Das ist um so begründeter, als die Fabrikanten ihre Rohstoffe in US-Dollarwährung einkaufen, d. h. in einer vollwertigen Valuta, und dass sie ihre Ware gleichfalls in derselben Währung verkaufen. Deswegen stehen wir grundsätzlich auf diesem Standpunkt, aber wir verstehen sehr wohl, dass diese Überführung der Löhne nicht in aller nächster Zukunft geschehen kann. Meiner Ansicht nach kann die vollständige Umleitung der Löhne auf die Vorkriegsnorm erst dann erfolgen, wenn die Regierung die Valutafrage löst. (Das ist ein schwieriges Stück, dessen Lösung noch nicht abzusehen ist. — D. Ned.) Inzwischen können die Industriellen die Auslandskonkurrenz hauptsächlich aushalten auf Grund des niedrigen Arbeitslohns.

Der Redaktionsvertreter der "Republika" fragte weiter: Wie sieht sich der Christlich-demokratische Verband zu dem Vorschlag des Arbeitsministers betreffs der Lohnregelung auf Grund der Entscheidung der reformierten statistischen Kommission?

Der Abg. Harasz bemerkte: Auf dieser Konferenz, die für den 11. d. M. durch den Christlich-demokratischen Verband in das Präsidium des Ministeriums nach Warschau einberufen wurde, haben wir die Regierung vor den jetzigen Zwischenfällen gewarnt, indem wir auf die

wahnsinnige Teuerung hinwiesen und auf die eventuellen Konsequenzen, die die Arbeiter daraus ziehen könnten. Zu diesem Zwecke schlugen wir eine Reform der Statistischen Kommission in der Richtung vor, daß ihre Berechnungen zweimal monatlich erfolgen sollten, und wir forderten, daß die Industrie sich bei der Aufstellung der Arbeiterlöhne an die Entscheidung dieser Kommission so halten sollte, wie dies bei der Zahlung der Gehälter der staatlichen Beamten der Fall ist.

Auf die Frage, wie der Christlich-demokratische Verband seine Einstellung der Streikaktion begründete (Anm.: Die anderen Arbeiterparteien sind für Fortsetzung des Streiks eingetreten. D. Red.) antwortete Herr Harasz:

Auf der Konferenz im Ministerrat, von der schon oben die Rede war, stellten wir den leitenden amtlichen Stellen die schwierige wirtschaftliche Lage der Arbeiter vor und forderten die Regierung auf, von sich aus zur Beilegung des Konflikts etwas zu tun, indem wir auf die Annahme des von der Statistischen Kommission festgesetzten Teuerungsindex, welcher 48 Prozent betrug, drängten. Wir gingen von der Ansicht aus, daß wir, wenn es durch Vermittelung der Regierung möglich sein sollte, die Industriellen für diesen Plan geneigt zu machen, mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Staates und mit Rücksicht auch auf die Verluste, welche die Arbeiter durch den Streik erleiden würden, mit der obigen Bedingung einverstanden seien würden. Da jedoch die Industriellen sich anfänglich mit unserem Verlangen nicht einverstanden erklären wollten und uns nur 35 Prozent boten, so beschlossen wir, unsere Forderungen aufrecht zu erhalten, um sie selbst mit Hilfe des Streiks durchzuführen.

Weil jedoch die Regierung, die vorher über die Möglichkeit eines Konflikts unterrichtet worden war, den Minister Davy mit zur Klärung der Lage nach London schickte, dessen Ziel es war, die Fabrikanten zur Annahme des Index der Statistischen Kommission von 48 Prozent zu veranlassen, und da es diesem gelang (?), diesen Prozentsatz auf 50 abzurunden, so beschlossen wir, den Streik zu liquidieren.

Die Fabrikanten haben indessen die Abmachung noch nicht unterschrieben und haben auch noch in keiner Weise ihr Einverständnis damit erklärt, in Zukunft die Arbeiterlöhne nach der Entscheidung der Statistischen Kommission festzusetzen; wir jedoch werden weiter die Forderung stellen und im Falle einer Ablehnung werden wir immer den Streik unterstützen.

Poincaré und der passive Widerstand.

Paris, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Hier wurde heute festgestellt, daß Poincaré in den einzelnen untergeordneten Fragen zu Zugeständnissen bereit sei, doch werde der französische Ministerpräsident auf keinen Fall in der Frage des passiven Widerstandes auch nur einen Fuß breit nachgeben. (Da der passive Widerstand eine Angelegenheit der deutschen Ruhrarbeiter ist, dürfte es wohl von deren Willen abhängen, ob der passive Widerstand andauert oder nicht.)

*
Die englische Antwort noch nicht festgelegt.

London, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Laut einer Reutermeldung ist das englische Kabinett seiner vorherigen Absicht entgegen heute früh nicht zusammengetreten. Es wird angenommen, daß der englische Antwortentwurf sowie die Begleitdrücke noch nicht endgültig festgelegt sei. Wahrscheinlich werde das Kabinett sich morgen versammeln.

„Wehe den Siegern“!

Warnung des Bischofs von Paderborn.

Der Bischof von Paderborn, Dr. Kaspar Klein, zu dessen Diözese ein großer Teil des Einbruchsgebietes gehört, führte auf dem Rhein- und Ruhrhilfstag in Paderborn in einer Ansprache u. a. aus, er wolle in seiner Eigenschaft als Bischof feststellen, daß die Einbruchsbarmee sich mit einer ungeheuren Schuld beladen habe.

„Wir kennen, sagte er, das Wort *Vas victis*, aber es gibt auch ein: *va victoribus, wehe den Siegern*, wenn sie ihre Macht missbrauchen, wenn sich bei den Siegern kein Verlangen nach Frieden und Gerechtigkeit zeigt. Das französische Volk gefährdet durch sein Vorgehen den Frieden der Zukunft. Das deutsche Volk steht in diesem Kampf allein. Der Heilige Vater in Rom freut sich darin bei. Die Welt will noch nicht auf seine Stimme hören; wir aber, die Bedrängten, haben seine Stimme gehört und sind ihm dankbar.“

Der Bischof schloß mit einem warmen Appell an den Opfern in den deutschen Volkes und warnte vor Genußsucht und Egoismus, sowie vor Uneinigkeit im Innern!

England ist „erstaunt“.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Lord Curzon empfing gestern im Foreign Office den französischen und den italienischen Botschafter, wobei er dem ersten gegenüber das Erstaunen der britischen Regierung über die Rede Poincarés in Senlis zum Ausdruck brachte.

*

In einem Leitartikel zur letzten Rede Poincarés bemerkte die „Times“, Poincaré scheine die Überzeugung zu vertreten, daß der Plan der Alliierten unvollständig sei und daß noch viel getan werden müsse in der Richtung von Anwendung von Zwang gegenüber Deutschland. In England sei man dagegen der festen Überzeugung, daß der Zwang bereits zu weit getrieben worden sei. Deutschlands Finanzpolitik sei sinnlos gewesen, aber die französische Methode der Ruhrbefreiung habe sie sicherlich nicht gebessert. Großbritannien wolle kein zusammengebrochenes Deutschland, welches eine Last und eine Gefahr für ganz Europa sein würde. Die französischen Journalisten äußerten sich zuversichtlich in einer Weise, als ob der deutsche Staat verschwunden sei und als bleibe nichts weiteres übrig als Zwangsandrohung gegen gewisse Einzelpersonen, die sogenannten Großindustriellen. Es sei kaum anzunehmen, daß dies die Politik Poincarés sei. Er werde sicherlich nicht die Verantwortung für eine solche „chaotische soziale Revolution“ übernehmen, die diese Politik abschließen müßte. Das Ziel der britischen Politik sei, die politischen und demokratischen Organisationen in Deutschland zu retten, solange es noch Zeit sei. Die öffentliche Meinung Englands werde tief verletzt werden, wenn die Bemühungen in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen von der Regierung eines Landes durchkreuzt werden würden, mit dem Großbritannien Seite an Seite gekämpft hat.

*

Wie die britische Regierungserklärung zustande kam.

London, 18. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Matin“ glaubt in der Lage zu sein, einige Angaben darüber machen zu können, in welcher Weise die letzte Regierungserklärung Baldwins entstanden ist. Er be-

hauptet, daß während der Kabinettsbildung, in deren Verlauf der von Lord Curzon ausgearbeitete bekannte Text der Antwortnote an Deutschland der Gesamtheit der Minister unterbreitet wurde, Lord Cecil dem Wohltaner Lord Curzons widersprach. In dieser Opposition sei er sogar von Baldwin selbst unterstützt worden. Lord Curzon sei dann so weit gegangen, die folgenden Fragen zu stellen: Würde man im Bedarfsfalle bereit sein, bewaffnete Gewalt gegen Frankreich anzuwenden, um es zur Anerkennung des englischen Standpunkts zu bringen? Die hierauf einstimmig erzielte Antwort war negativ. Darauf fragte Lord Robert Cecil, ob Lord Curzon glaube, daß im Falle einer Trennung von Frankreich die Lage günstiger werden würde, um die Entwicklung der französischen Aktion im Ruhrgebiet zu verhindern. Im Laufe der Besprechung hat man sich jedoch darüber Rechenschaft abgelegt, daß die praktische Folge eines Bruches mit Frankreich wäre, daß dieses durchaus die Freiheit erhalten würde, Deutschland zu erdrücken. Und gerade das wollte das englische Kabinett um jeden Preis vermeiden. Infolgedessen wurde der Text Lord Curzons durch eine Reihe liebenswürdiger Ausdrücke für Frankreich abgeändert.

Baldwin an Amerika.

Den Vereinigten Staaten wird die englische Antwortnote vor Absendung nach Deutschland mitgeteilt.

Aus London meldet WTB: Im Unterhause teilte Premierminister Baldwin in Erwiderung auf eine Anfrage Ramsay McDonalds mit, daß beabsichtigt werde, den Entwurf der Antwort an Deutschland, der sich gegenwärtig in Vorbereitung befindet und den Alliierten vorgelegt werden soll, auch der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen.

Auf eine Anfrage Kenworthys bestätigte Baldwin, daß die letzte deutsche Reparationsnote an die Vereinigten Staaten ebenso wie an die Alliierten gerichtet gewesen sei, und fügte hinzu, es hätten keine Befreiungen zwischen britischen und amerikanischen Vertretern über die Frage der Reparationen und der gegenwärtigen europäischen Lage stattgefunden. Auf eine weitere Anfrage eines Parlamentsmitgliedes sagte Baldwin, wenn man wünsche, daß der Antwortentwurf die Zustimmung der Alliierten finde, würde es ein sehr ungeeignetes Versfahren sein, vorher etwas über seinen Inhalt, sei es auch nur in großen Zügen, zu veröffentlichen.

Ehrhardts Helfer zur Flucht.

Die Nachforschungen nach den Helfershelfern des aus dem sächsischen Gerichtsgefängnis in Leipzig entflohenen Kapitäns Ehrhardt haben, wie die Polizei mitteilt, bisher folgendes ergeben: Der Führer des zur Flucht benutzten Kraftwagens ist der Kaufmann Fritz Götz, geb. 8. Mai 1899 in Plauen im Vogtland, zuletzt in Leipzig-Stötteritz wohnhaft. Als weiterer Helfershelfer kommt der Student Hermann Mason v. Prince, geb. 5. Juni 1900 in Berlin, in Betracht. Mason v. Prince mußte sich schon lange Zeit vor der Flucht Ehrhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich angemeldet gewesen zu sein. Er muß in Wohnungen seiner Bekanntschaften gewohnt haben. Im Gegenzug zu Götz, der nach der Flucht Ehrhardts in Leipzig nicht mehr gesehen worden ist, wurde Mason v. Prince noch zwei Tage nachher am 15. Juli hier gesehen. Beide sind der Polizei nicht bekannt. Götz gehört dem deutschen Herold an; auch war er Mitglied der Ortsgruppe (= Organisation Eicherich) in München. Mason v. Prince, der zur Zeit des Erzberger-Vorwurfs bei der Organisation Konflikt in München arbeitete, verlegte nach dem Attentat seinen Wohnsitz nach Hamburg. Wie festgestellt worden ist, hat Götz bei der Flucht Ehrhardts im Auto zu ei. Koffer mit Schuhen mitgenommen. Am Dienstag wurde in Leipzig eine weitere Reihe von Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, die Flucht begünstigt zu haben.

Der Danziger Gulden.

Währungsreformplan der Freien Stadt Danzig.

Der Finanzsenator von Danzig, Dr. Volkmar, hat dem Finanzkomitee des Volkerbundes eine Denkschrift über die Währungsreform für Danzig vorgelegt. Zu den von Dr. Volkmar dargelegten Grundzügen für die Währungsreform haben sich die sämtlichen Vertreter des Finanzkomitees, das sich aus den ersten Autoritäten der Welt zusammensetzt, zu stimmen geäußert. Die Denkschrift ist sodann dem Danziger Senat vorgelegt und von diesem genehmigt worden. Auch der Haushausschuss des Volksstages hat über sie beraten und, soweit seine Vertreter sich nicht noch eine Stellungnahme ihrer Partei vorbehalten müssten, dem Plan als solchem zugestimmt.

Die Freie Stadt Danzig ist — nach Italienschem Vorbild — bemüht, ihre Wirtschaft von der schwankenden Basis der deutschen Reichsmark zu lösen. Die Polen markt, deren Einführung besonders von polnischer Seite empfohlen wurde, bietet dem Danziger Senat gleichfalls keine genügende Sicherheit. Um Schwankungen des Danziger Wirtschaftszusammenhangs zu vermeiden, bleibe nur übrig — so heißt es in der Denkschrift — das Danziger Geld in eine feste Wertrelation zu einem anderen stabilen Währungsgelde zu setzen, zumal bei der Kleinheit der Danziger Verhältnisse nicht damit zu rechnen ist, daß die Weltbörsen den Kurs des Danziger Geldes regelmäßig notieren. Als Beziehungswährung wird aus praktischen Erwägungen heraus das englische Pfund vorgeschlagen.

Der dritte Teil der Denkschrift bringt folgende Vorschläge für die endgültige Gestaltung einer eigenen Danziger Währung:

a) Geldfuß:

Gulden und Heller (1/100 Gulden), 100 Gulden = 1 Pfund Sterling.

b) Münzwesen:

Ausprägung von Metallgeld ist Regel der Freien Stadt Goldmünze = 100 Gulden = 1 Pfund Sterling an Noh- und Feingehalt. Kurantaed in Silber, Nickel und Kupfer, darf 100 Gulden auf den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen; die Silbermünzen sollen ein Rohgewicht von 1 Gramm für je 5 Gulden haben.

c) Notenwesen:

Die Ausgabe von Papiergegenwart wird einer neu zu gründenden Notenbank übertragen, zunächst auf 30 Jahre; ihre Stellung ist durch Gesetz zu regeln, ihre Satzungen vom Senat zu genehmigen. Die Bank ist ein selbständiges Unternehmen unter Staatsaufsicht mit einem Kapital von 20 Millionen Gulden, davon 25 v. H. sofort einzahltbar. Die Anteile der Bank sind veräußerbare, sie ist frei von direkten Steuern, hat aber zwei Drittel des Mehrgewinnes an die Freie Stadt abzuführen, sobald ein Gewinn von über 4 Prozent verreicht wird. Bis zur Bildung der Notenreserve dürfen überhaupt nur 4 v. H. ausgeschüttet werden. Die Notenausgabe ist kontingentiert auf 500 Gulden auf den Kopf der Bevölkerung; weitere Notenausgaben sind bei vorherrschender Deckung zulässig, unterliegen aber einer fünfprozentigen Notenstein.

Die Notenreserve muß ein Drittel der Notenausgabe in Gold, Pfundnoten oder täglich fälligen Pfundforderungen bedecken; sie ist aus den Gewinnen der Bank anzu-

sammeln, vorerst dient als Deckung der zu erwirkende Währungskredit in Höhe von 500 000 Pfund. Die restlichen zwei Drittel des Notenumlaufs sind in voller Höhe durch Danziger Silbergulden oder durch mehrfach garantierter Handelswechsel bestimmter Bonität sicherzustellen.

d) Festlegung des Wertverhältnisses zum englischen Pfund.
Die Notenbank muß in London eine Geschäftsstelle unterhalten, die Scheine auf Danziger Gulden zur Auszahlung an ihrem Schalter in Danzig ausstellt, gegen Einzahlung von Pfund Sterling zum Höchstkurs von 1 Pfund 1 Penny für 100 Gulden. Umgekehrt wird die Notenbank in Danzig Pfundbills zur Auszahlung durch Geschäftsstelle London gegen Gulden verabfolgen.

Unter e) wird endlich vorgeschlagen, die Reichsmark vom Tage des Inkrafttretens der neuen Währung ab als ausländische Valuta zu behandeln. Markforderungen können nach Wahl des Schuldners bis zum dritten Tage in Mark oder in Gulden nach amtlichem Kurse erfolgen, später nur in Gulden.

Republik Polen.

Polen und die Sinaja-Konferenz.

Bukarest, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zeitungen erklären, daß lediglich die Vertreter der drei Staaten der Kleinen Entente an der Verhandlung in Sinaja teilnehmen werden. Nichtsdestoweniger würden der Gesandte Griechenlands und der polnische Gesandte über den Fortgang der Konferenz, die drei Tage dauern wird, auf dem laufenden gehalten werden.

Die Kommunalfinanzen.

In der Dienstag-Sitzung des Finanzausschusses wurden die Beratungen über den Gesetzentwurf, der die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen betrifft, fortgesetzt. Es wurden eine Reihe von Artikeln angenommen. Am Donnerstag soll der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer in der durch die Verbesserungen des Ministerrates ergänzten Form erörtert werden. Am Nachmittag beriet der Haushaltungsausschuss weiter über den Gesetzentwurf, der die Kommunalfinanzen vorläufig regelt. Es wurden die Artikel 47 bis 64 angenommen, und zwar im Wortlaut des Regierungsentwurfes. Eine wichtige Änderung wurde im Artikel 61 vorgenommen. Hier beschloß man zur Erleichterung der Geldwirtschaft der Kommunalverbände eine Reihe von Vorschriften, die eine frühzeitige Auszahlung der Brüder zu den Verbrauchssteuern und den Anteil der Kommunalverbände an der Staatsinkommensteuer sichern.

Zur Auswanderung nach Amerika.

In Warschau hält sich gegenwärtig der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten, David, auf in Gesellschaft des amerikanischen Parlamentsmitgliedes Lowell. Diese Herren hielten am 17. d. M. mit den amerikanischen Konsulatsbeamten und den polnischen Auswanderungsbehörden eine Konferenz ab. Es wurde die Auswanderungsfrage besprochen und beschlossen, daß die polnischen Behörden Landarbeiter und qualifizierte Arbeitnehmer, die nach Amerika auswandern wollen, Erleichterungen gewähren. Dagegen soll anderen Kategorien von Auswanderern die Auswanderung erschwert werden.

Ministerpräsident Witos und Sejmarschall Rataj sind gestern nachmittag in Warschau eingetroffen. Heute (Donnerstag) früh sollte der Seniorenbund zusammengetreten, um über den Verlauf und den Schluss der Sommeression des Sejm Beschluß zu fassen.

Deutsches Reich.

Vom Deutschen Turnfest in München.

Das Hauptereignis am Sonntag bildete der Festzug, der in zwei ungeheuren Kolonnen, die aneinander vorüberzogen und sich zuletzt vereinigten, 250 000 Teilnehmer zählte. Der Zug dauerte sechs Stunden und die Begeisterung war beispiellos. Das Ganze war in einzelne Turnkreise eingeteilt. Vor jedem von ihnen wurden die Fahnen der ihm zugehörigen Vereinsgruppen in dichten Karrees eingerichtet. Namentlich dem Gedenktag gewidmet jenen deutsichen Sportbrüder, die durch französische Willkür von der Deutschen Turnerschaft gewaltsam ferngehalten sind, und eine stattliche Zahl ausgewiesener Pfälzer und Ruhrleute grüßten Jubel und Burfe. In der Mitte des Zuges kam auf einem Wagen, gewaltigen Beifallssturm entfehlend, das Bundesbanner, das schwer von Gold, die Sonne grüßte, von einem hünenhaften Münchener Turner gehalten.

Um 12 Uhr einige Minuten Sult. Die Musik spielte: „Ich hab' einen Kameraden!“ Dieses Schweigen ringsum. Alle Fahnen senken sich. Jede Bewegung erstarbt. Die Turner ehren auf diese Weise die deutschen Helden, die im Kriege gefallen sind. Diese Stille senkt sich über die Straße. — Aber nach kurzer Pause wehen die Fahnen wieder hoch oben in der Sonne.

Auf der Theresienwiese begannen bald die Freibungen, an denen 34 000 Turner teilnahmen. Das Publikum war außerordentlich beifallsfreudig. Zum Schlus des Tages sah ein Regenschauer ein, der die nötige Erfrischung brachte.

Schlageter-Denkmal im bayerischen Hochland.

In München hat sich ein provisorisches Komitee zur Errichtung eines Schlageter-Denkmales gebildet, das die Vorarbeiten bereits begonnen hat. Das Denkmal soll an einem schönen Platze des bayerischen Hochlandes errichtet werden.

Nova Spende des Papstes für die deutschen Studenten.

Der Papst hat der deutschen Studentenschaft erneut eine Summe von 100 000 Lire überwiesen. Dieser Betrag entspricht in deutscher Währung einer Summe von mehr als 8 Milliarden Reichsmark.

*

Der frühere Kronprinz hat gegen den preußischen Finanzminister als Vertreter des preußischen Staates Klage auf Feststellung seines Eigentums an der Herrschaft Oels erhoben, die nach der Revolution beschlagnahmt worden war.

Aus anderen Ländern.

Konferenzen des Weltprotestantismus.

Vom 20. bis 27. Juli ist in Zürich unter Beteiligung aus zahlreichen europäischen Ländern sowie aus Übersee (Nordamerika, Ägypten, Südafrika, Indien, Australien u. a.) der Weltbund der Reformierten Kirchen veranstaltet, dessen Glieder $\frac{2}{3}$ des Weltprotestantismus darstellen. Auch die reformierten Kirchenfürer Deutschlands werden durch ihre Führer vertreten sein.

Vom 19. bis 25. August tagt sodann in Eisenach mit 200 Teilnehmern aus allen Ländern, davon 80 Reichsdeutsche und 40 Amerikaner, die Hälfte aller lutherischen Bischöfe der Welt, der Lutherische Weltkonvent, der, zum ersten Male zusammengetretend, die andere große Gruppe des Weltprotestantismus repräsentiert.

Ihre Vermählung
geben bekannt
Albert Buchholz
Elisabeth Buchholz
geb. Dec. 7938
Bydgoszcz-Okole, im Juli 1923.

500 000 Mf. Belohnung

für Wiederbringung des Rades
(M. Wichen), das mir am gestrigen
Tage im Hause an der
Dworcowa 30 gestohlen wurde. 7224

A. O. Jende, Gdańsk 165.

Zeitung - Abonnements

für August
tätigen Sie gefl., um exakt bedient zu werden,
bis spätest. 20. d. Mts. Zustellung per Post
25. d. Mts. Abholg. v. m. Filialen
im Hauptbüro 12168

C. B. „Express“

Jagiellońska 70. :: Tel. 799, 800, 665.



Bilanz am 31. Dezember 1922.

Aktiva	M	S	Passiva	M	S
1. Kassenbestand	2 118 967	57	1. Geschäftsguthaben der Genossen	611 758	35
2. Geschäftsguthaben bei Prov.-G.-K.	45 000	-	2. Reservefonds	32 000	-
3. Ausstand in laufd. Rechnung b. Gen.	28 851 803	23	3. Betriebsrücklage	32 000	-
4. Wechselbestand	1 239 800	-	4. Depositen-Kto.	778 484	07
5. Wertpapiere	100 000	-	5. Spareinlagen	11 526 244	43
6. Guthab.b.d. P.G.K.	1 165 014	-	6. Schuld in lfd. Rech-	19 066 067	17
7. Inventar	1	-	nung a. Genossen	400 000	-
8. Ostbank	13 791	87	7. Depositenkont.	900 000	-
	33 534 377	67	8. Verwaltungskost.	33 346 554	02

Vergleichung: Die Aktiva betragen: 33 534 377 67
Die Passiva betragen: 33 346 554 02
Erzielt einen Gewinn: 187 823 65

Zahl der Genossen am Anfang des Geschäftsjahrs 354.
Zugang 13. — Abgang 22.
Mitgliederbestand am Schluß des Geschäftsjahrs 345.
Die Geschäftsguthaben vermehrten sich um Mark 455 803,03.
Die Haftsumme verminderten sich um Mark 1000. — Die Gesamthaftsumme am Schluß des Geschäftsjahrs betrug Mark 372 000.—
Sandomin, den 22. Mai 1923.

Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. Sandomin.
Wm. Koepf. 7274

Warnung!

Es wird gewarnt vor Ankauf folgender aufgeföhrten Sachen, welche durch Einbruch in meine Wohnung am Plac Poznański 2 am 10. 7. 23 gestohlen worden sind:

- ein Mahagoni-Klavier (Marie "Stern", Berlin). 7913
- ein Delgemälde (darstellend das heil. Abendmahl).
- eine Reisetasche mit Inhalt (Herrenwäsch, Tischwäsche und Bettdecken).

Personen, welche mir angeben können, wo sich oben aufgeföhrte Sachen befinden, erhalten eine

Belohnung von 1 000 000 Mf.

Franciszek Kanięcki, ul. Pomorska 22/23.

BANK DYSKONTOWY S.A. BYDGOSZCZ, DWORCOWA 96.

EXPORTBANK mit ihren Zweigniederlassungen erledigt sämtliche Bankgeschäfte mit Inkasso von Exportdevisen.

Versteigerung.

Freitag, den 20. Juli,
vorm. 10 Uhr,
werde ich wegen Aus-
wanderung
ul. Sw. Trójcy 18,
1 Treppe

2 Bettstellen mit
Matratzen, zwei
Schränke, 1 Ver-
tifo mit Spiegel,
5 Stühle, 2 Tische,
1 Kommode,
Gardinen, Bilder
Einmachgläser,
Küchen- u. viele
andere Haus-
geräte

freiwillig, meistbietend
verteigern.
Belebung von 9%,
Uhr vormittags an,

Ignacy Kaczor

Auktionator

und Taxator

Jagiellońska Nr. 4.

Tel. 1851. 7916

Gleichzeitig bitte ich etwaige Forderungen an die Firma unter Beifügung der Belege innerhalb 8 Tagen an mich einzureichen. Forderungen, die später gestellt werden sowie Zahlungen, die nicht in meinem Geschäftslokal an mich persönlich geleistet werden, erkenne ich nicht an.

7225

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuseigen, daß ich das bisher von meinem Vater seit 1886 geführte Geschäft übernommen habe und dasselbe in dem bisherigen Rahmen und unter derselben Firma weiterführe.

Das der Firma bisher entgegengebrachte Wohlwollen bitte ich auf mich übertragen zu wollen und sichere sorgfältigste Bedienung unter eigener fachmännischer Leitung zu.

Gleichzeitig bitte ich etwaige Forderungen an die Firma unter Beifügung der Belege innerhalb 8 Tagen an mich einzureichen. Forderungen, die später gestellt werden sowie Zahlungen, die nicht in meinem Geschäftslokal an mich persönlich geleistet werden, erkenne ich nicht an.

7225

Hochachtungsvoll

W. Oklitz Inh.: Willibald Oklitz

Mechanikermeister und Ingenieur

Schreibmaschinen, Bürobedarf, Fahrräder, Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt.

Telefon 207. :: Bydgoszcz, Stary Rynek 14. :: Telefon 207.

Maschinenteile

wie andere Metallsachen, welche vermessigt oder galvanisiert werden sollen, blaßt durch Sandstrahlgläser zu billigen Preisen ab.

„Marmor“

Bydgoszcz, ul. Dworcowa 52. 7254

Aug. Floret, Leder-Handlung,

ulica Jezuicka 14. Telefon 1830

Große Auswahl in

Oberleder und Sohleeder, Sattlerleder,
Croupons, Ausschnitten, Riemen-croupons,
Spalten, braun, schwarz und genarbt,
für Pantoffelmacher, in Argentau und Tomba,
Sattler-Verkäufe.

Kunstmöbelleder, Sprungfedern u. Polstermaterial.

Hafer

haben ab Lager abzugeben

Kruczynski i Ska., ul. Arcti, Jadwig 6. Telef. 1323 u. 1333.

Habe Telefon

Nr. 1586

W. Gzarnedi Schlossermeister. 7914

Bitte ausschneiden!

Rusit

für jeden Preis stellt 7855 Brandt & Siele, Art. Grotter 2

Sonntag, d. 22. Juli:

Großes Tanzvergnügen wo zu einladet 7849 Stengel, Bartomow

= Alt-Bromberg

Paradiesgarten Vorzügliche Küche Preiswerter Mittags-tisch. 7225

Täglich Konzert!!

Deutsche Bühne 7225 Bydgoszcz E. B. Freitag, den 20. Juli

Zum 1. Male:

Der Raub der Sabinerinnen. Schwanz von Franz von Schönhan. Vorverkauf bei Hecht, Danzigerstr. 19 und bei Neitzke, Theaterplatz.

Stadttheater.

Nur 8 Gastspiele der Posener Oper der Sonnabend, 21. 7. Eröffnung Solisten, Orchester, Chor zusammen über 200 Personen. Zur Führung gelangen die Opern, welche in diesen jähriger Salton die größten Erfolge erzielten.

Conrad Malinowski, "Carmen", Hoffmanns Erzählungen, "Die verläufte Braut", "Die Jüdin", "Latne". 7816 Anfang 8 Uhr abends.

Sehr häufige Kreise. Abonnement für alle 8 Abende zu bedeuten ermäßigte Preisen.

Möbl. Zimmer zu verm. unter 7. 1. r. Eg. Marow. 7815

Abonnement für alle 8 Abende zu bedeuten ermäßigte Preisen.

Schlafstelle zu verm. unter 7. 1. r. Eg. Marow. 7814

Tagesfeste des Stadttheaters. Tel. 1188.

Jede Art

Uhren

auch Turmuhren

werden sof. repariert.

Ottlinger, 5687

Kordeckiego 34a. 7274

Wohnungen

Suche von sog. in

der Stadt ob. Vorstadt

ein Häuschen

zu miest. ob. zu ff. off.

u. h. 7752 a.d. G. d. Jtg.

7274

Selbst Kaufmann,

zugezogen aus Berlin

sucht eine

3-4-Zimmerwohn.

von sof. oder später.

Renovieren selbst.

Renov. erd. unt. g. 7297

an die Gsch. d. Jtg.

7274

Bin Willens, meine

3-Zimmer-Wohn., gelegen ul. Król. Jadwig.

2. Et., für solche

in der Nähe ul. Dr.

Emilia Wartuskiego

zu tauschen. Gsch. An-

fragen in Schlosserei,

ulica Dr. Emilia War-

tuskiego 8. 7274

7274

Fabrik-Räumlichkeiten

werden von sof. zu

mieten gegeben.

Es kommen nur

größ. Objekte in Frage.

Elet. Anschluß erw.

G. off. u. B. 7903 a. d.

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274

7274</p

Bromberg, Freitag den 20. Juli 1923.

Pommerellen.

19. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

* In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde für die Handwerkschule, die hier in nächster Zeit eingereicht wird, das Schulgebäude in der Gelbuzka (Gehlauerstraße) unentgeltlich zur Verfügung gestellt, ferner soll die Schule elektrischen Strom und Gas gebührenfrei erhalten. Das in dem Gebäude befindliche Kinderheim kann mangels passender anderer Räumlichkeiten nicht von dort verlegt werden und muß daher neben der neuen Handwerkschule weiterhin da verbleiben. — Sodann kam die Übernahme des Mädchens-Gymnasiums durch den Staat zur Verhandlung. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit der kostenlosen Abtretung des Gymnasiums an den Staat zwecks endgültiger Verstaatlichung dieses Lehrinstituts. — Für die im August abzuholenden Pferderennen wurde 1 Million Mark zum Anlauf von Preisen bewilligt. — Die Marktstandsgebühren wurden von bisher 500 auf 4000 M. erhöht. Alle Verkaufsstände und Tische mit Leinen-, Galanterie-, Spielwaren, Konfektion und Schuhwerk sollen von jetzt ab in der Kalinkowa (Kalinkowka) ihren Platz finden. — Die Wasser-, Strom-, Straßenbahn- und Gasgebühren, die bereits fällig gezahlt werden müssen, wurden formell bestätigt. Es kostet gegenwärtig 1 Kubikmeter Wasser 1200, elektr. Strom 5000, Kraft 4000 M.; größere Abnehmer sollen, wie bisher, 20–35 Prozent Rabatt erhalten. Es wurde vorgeschlagen, auch kleinen Firmen und Werkstätten Vergünstigungen zu gewähren, diese Angelegenheit jedoch einer besonderen Kommission überwiesen.

* Anmeldung freier Wohnungen. Der Magistrat gibt bekannt, daß Hauseigentümer und Wohnungsinhaber die in ihren Häusern freitragenden Wohnungen dem Magistrat – Wohnungssamt – unbedingt zu melden haben. Der Meldezeitung unterliegen auch Wohnungen, die nicht genügend ausgenutzt werden, weiter Lokale, die früher als Wohnungen benutzt, späterhin jedoch zu anderen Zwecken, wie z. B. Fabrikbetrieb, Läden, Schenken, Handelslokalen usw., eingereicht worden sind.

Thorn (Toruń).

* Besichtigungsnachweis für Locomotivheizer. Die Heizer bzw. Führer von Locomotiven in der Landwirtschaft müssen ein Besichtigungsnachweis nachweisen. Wie der Thorner Starost mitteilte, betrifft dies jedoch nur Locomotivführer in der Landwirtschaft (beim Dreschen mit Dampflokomotiven); für die Anstreiche sind andere Bestimmungen maßgebend, wonach die Heizer usw. eine regelmäßige Prüfung ablegen müssen.

* Die Chausseesteuern für Kraftfahrzeuge wird, wie erfahren, auf den Kreis-Chausseen folgende sein: für Motorräder 200 000 Mark, für Dreirad-Autos 800 000 Mark, für Personenautos bis zu 6 PS. eine Million Mark, bis zu 10 PS. 1½ Millionen Mark, bis zu 16 PS. zwei Millionen Mark und über 16 PS. vier Millionen M. für Lastautos bis 1 Tonne sind 200 000 Mark, bis 2 Tonnen 450 000 Mark, bis 3 Tonnen 700 000 Mark, bis 4 Tonnen 950 000 Mark, bis 5 Tonnen eine Million Mark und für jede weitere Tonne eine Million Mark mehr zu zahlen. Bei Lastautos mit Gummireifen erhöhen sich die angeführten Sätze um 100 Prozent; bei Lastautos zu Verdienztzwecken ermäßigen sie sich um 50 Prozent. Von der Steuer befreit sind alle staatlichen und militärischen Kraftfahrzeuge. Die Steuer wird rückwirkend ab 1. Juli sofort nach Bestätigung durch den Kreistag erhoben.

* Der Unterstützungsverein „Humanitas“ hielt am vergangenen Sonntag seine diesjährige Generalversammlung im Restaurant Otto Guiring, ul. Kooperatywa, ab. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Wüstenhagen als erster, Petersilge als zweiter Vorsteher und Pansegrouw als Schriftführer. Als Kassierer verblieb Herr Fischer. Als vorläufiges Vereinslokal wurde das Restaurant Guiring gewählt. Die Monatsversammlungen sollen an dem zweiten Sonntag nach jedem Monatsersten stattfinden. — Vom Rein-ertrag des letzten Berichts wurden rund 27 Arme mit durchschnittlich 20 000 Mark sowie mit Lebensmitteln bedacht. Auch wurde eine dem Verein nicht angehörende Familie, die aus Danzig ausgewichen war, und in dürfstigen Verhältnissen lebt, mit Kartoffeln bedacht. Der Verein hat im vergangenen Winter viel Gutes getan; so haben z. B. viele Armen in diesem Winter keine Kartoffeln zu kaufen brauchen, da sie ihnen gespendet wurden.

* Thorner Marktbericht. Der Dienstag-Wochenmarkt bot neben allen Gemüsearten besonders wieder Pilze (Rehsukkchen), Erdbeeren, Blaubeeren. Die Preise waren mit geringen Schwankungen unverändert. Gartenerdbeeren

Alle Postanstalten

nehmen Bestellungen auf die Deutsche Rundschau für August 1923 entgegen.
Die Deutsche Rundschau kostet bei allen Postämtern Posens und Pommerells monatlich 17 060 Mark einschließlich Postgebühr.

wurden mit 4000–6000 M. Johannisbeeren mit 2000 bis 3000 M., Himbeeren mit 7000–8000 M. je Pfund verkauft. Der Umsatz hierin war groß, da die meisten Haushaltungen bereits Vorräte zum Einmachen kauften. Der Butter- und Eierpreis brachte durchschnittlich 14 000–15 000 M. Sehr gut beschickt war der Fischmarkt, auf dem besonders Hake und Krebs begehrt waren. Von Blumen wurden Nelken, von den einfachen Federnelken bis zu den schönen mehrfarbigen Gartenelken sehr gern gekauft.

* Von der Weichsel bei Thorn. Mittwoch früh betrug der Wasserspiegel 0,08 Meter über Null. — Dampfer „Czartoryski“ traf mit Gütern aus Danzig ein; aus Schulitz brachte er zwei leere Barken mit. Vier Trachten schwammen Mittwoch frühstromab weiter.

* Militärisches Leichenbegängnis. Dienstag vormittag 9 Uhr fand von der Garnisonkirche, wo die Leiche aufgebahrt worden war, die Beerdigung des bei dem Automobilunglück bei Zafowane ums Leben gekommenen Oberst Hieronim Przepiński, des Intendanturhauptmanns des Pommerellischen Korps, statt. Den imposanten Zug, den die Kapelle des Pionier-Regiments Nr. 8 begleitete, schlossen eine Kompanie Pioniere sowie eine Feldbatterie.

h. Gorzno, Kreis Strasburg, 17. Juli. Der heutige Wochenmarkt war mäßig besucht. Für das Pfund Butter wurden Preise von 11 000 bis 12 000 Mark gezahlt. Die Mandel Eier stellte sich 11 000 bis 11 500 Mark. Blaubeeren kosteten 1000 Mark das Pfund. Die Geflügelpreise waren unverändert. Bei den Fleischwaren konnte man steigende Preise feststellen. Es kostete Schmalz 18 000 M., roher Speck 10 000 Mark, Schweinefleisch 7000 bis 8000 M. Fleischwurst 10 000 Mark, Leberwurst 8000 Mark je Pfund. Am letzten Sonntag fand für die ev. Jugend und Schulkindern beim Mühlendorfer Gleise in Pulke ein Sommervergnügen statt.

dr. Gorzno (Kr. Strasburg), 16. Juli. In Polkomühle fand das Kinderfest für die evangelische Gemeinde statt. Ein waldbuumrahmter prächtiger Wiesenplatz war so recht geeignet für festliche Spiele, Wettkämpfen, Steinwerfen, Sachbüpfen und allerlei lustiges Jugendtreiben. Gegen 50 Kinder hatten einen festlichen Tag. Die fleißig eintübten Kindergedichte redeten gar sehr zu Herzen. Eine Festansprache von Pfarrer Partekie bezeichnete die nur zu schnell dahingeschwundene schönen Stunden. Solche Kirchenfeste tun uns heute rot, da bei den weiten Entfernung das kirchliche Leben an sich schon leidet. Wer hier mithilft, schafft mit am Gemeindeleben.

dr. Bautenburg (Lidzbark), 16. Juli. Am 8. Juli, Sonntag nachmittag, war das diesjährige Kinderfest der ev. Gemeinde. Unter Leitung von Pfarrer Partekie und Mitarbeit der Frauenhilfe entwickelte sich ums Pfarrhaus und Kirche ein freundliches Leben. Von fern und nah – auf weiten, jetzt oft sehr sandigen Feldwegen waren die Kinder herbeigekommen, zum Teil von den Eltern begleitet. Allerlei Jugendspiele und Verlosungen hielten die Kinder in froher Spannung, und Kaffee und Kuchen, auch Abendbrot vereinigten die etwa 90 Kinder an schön gedeckten Tischen im Gemeindesaal, und die Kleinen erspielten die Eltern mit Gedichten und frohen Liedern.

* Schewz (Swieto), 18. Juli. Vier junge Mädchen ertranken. Wie dem „Glos Pom.“ aus Jeżewo berichtet wird, sind dort am Freitag, 18. d. M., bei der Überfahrt über den See infolge Umkippen des Kahn's vier junge Mädchen im Alter von 17–21 Jahren ertrunken. Die Namen der Opfer sind: Stanisława Staniszewska, Stanisł. Gabrychowska, Ludw. Kusłowna und Lucia Romanowska. Auf dem Unglücksfahrt befanden sich neun junge Mädchen, fünf von ihnen konnten durch die Bemühungen des Herrn Jan Romanowski gerettet werden. Die vier Verunglückten wurden am Dienstag in Jeżewo beerdigt.

B. Waldau (Kr. Schewz), 16. Juli. Am Sonntag, 15. Juli, hielt der hiesige Jungfrauenverein im Kirchpark sein diesjähriges Jahresfest ab, zu dem eine große Zahl evangelischer Glaubensgenossen sich eingefunden hatte. Nachdem Pfarrer Henzel-Gritschko eine Belehrungsansprache gehalten hatte, ließen die Jungfrauen Deklamationen und Aufführungen folgen. Verschönert wurde die Feier durch Darbietungen des Bläser- und Kirchenchores. Nachdem noch einige Jungfrauen das Vereinsabzeichen er-

halten hatten, sprach Fräulein Nast im Namen des Vereins den Dank an alle Festteilnehmer aus. Das Schlusswort hieß Pfarrer Henzel.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lublin, 17. Juli. Infolge Blitzschlags ist das hierige Postamt eingäschert worden. Zwei Personen sind durch den Blitzschlag getötet, andere verletzt worden.

Die Geschichte vom Thorner Stadtloch.

Im Thorner Museum befindet sich eine Wetterfahne mit der Figur eines Kochs. In der Linken hält er einen Kochlöffel und in der Rechten einen Quirl. Diese Wetterfahne stand früher auf dem alten Culmer Tor, das 1889 abgetragen wurde, und war ein Wahrzeichen für Handwerksburgen. Sage und Geschichte haben sich bald dieses Kochs angenommen.

Es wird erzählt, daß das Thorner Ordenschloss „auf ein gewisses durch einen Koch gegebenes Zeichen von der Bürgerschaft eingenommen und geplündert sei“. Bei dieser Sprengung soll der Koch selbst sein Leben gelassen haben. Er flog mit den Schlossmauern in die Luft, und sein Körper blieb auf dem Culmer Tor zerschmettert liegen. Später wurde dieses Tor im Volksmund nur noch „Der Stadtök“ genannt und die Figur eines Kochs als Wetterfahne über dem Tor befestigt. Schon im Jahre 1724 berichtet eine bekannte Thorner Chronik von der Stadtök-Feige „davon sonder Zweifel das Zeichen des Kochs mit einem Löffel auf dem Culmischen Tor, anstatt eines Wetterhahns gestellt, zu sehen ist“.

Im Jahre 1728 war übrigens die Zeit der Thorner Stadtök längst vorbei. Der letzte von ihnen trug den Namen Antonius. anno 1548 sprach ihm der Rat seine Anerkennung für treue Dienste aus und bewilligte zu seinem Gehalt die uns heute märchenhaft anmutende Bulage von 7 Mark, die er „aus Gunst, nicht aus Pflicht“ geben will. E. W.

Handels-Rundschau.

Vom polnischen Lokomotivenbau. Die Warschauer Aktiengesellschaft für Lokomotivenbau hat, der „Gazeta Warszawska“ zufolge, seit der Regierung einen Auftragsvertrag abgeschlossen, wonach sie sich verpflichtet, statt 1924 schon im Laufe dieses Jahres 10 Lokomotiven zu liefern. Außerdem besitzt sich das Werk mit der Reparatur von Lokomotiven, es hat bis 1. März 141 Lokomotiven instand gesetzt.

Die Holzausfuhr Polens im Juni. Vom 1. bis 18. Juni d. J. erhielten Ausfuhrgenehmigungen: 127 Firmen auf 14 600 10. To-Baggons Holz. Für diesen Zeitraum flossen als Ausfuhrabgaben 1000 Pfund Sterling und als Garantien 2000 Pfund Sterling der Staatsfond in bar zu; als Eingänge von Valuten wurden gezahlt 3000 Pfund Sterling und 25 000 Dollar und als Bankgarantien 30 000 Pfund Sterling, 60 000 Dollars und 60 000 tschechische Kronen. Hierzu schreibt ein führendes polnisches Blatt: „Ungeachtet der großen Einzahlungen mag man unterstreichen, daß die Ausfuhrabgaben tatsächlich zu niedrig seien und erhöht werden müssten.“

Vom polnischen Flachmarkt wird uns aus Warschau geschrieben: Zu Ende der Saison steht man hier einem Markt von fester Tendenz und erschöpften Vorräten gegenüber. Die Produzenten aus den Ostprovinzen verfügen noch über gewisse Vorräte geringerer Qualität, die schwer auf den Markt zu bringen sind. Der Bedarf ist enorm gestiegen, da die Werke Vorräte für die tote Saison anlegen. Kleine Unternehmen führen mit Erfolg kleinere Partien Flachs auf illegalem Wege nach dem Ausland aus. Der polnische Flachs besteht auf den ausländischen Märkten einen guten Ruf. Der nach London exportierte russische Flachs erwies sich als schlecht sortierte Ware und entsprach nicht den Erfordernissen, die man zu seiner gewohnt ist. Die Leinenwerke stellten die Ware zur Verstärkung oder annullierten die Kontrakte.

Deutscher Goldankaufpreis. Der Ankauf von Gold für das Deutsche Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 16. d. M. an bis auf weiteres unverändert zum Preis von 550 000 Mark für ein Zwanzigmarksstück, 275 000 Mark für ein Gehärmarsstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichshilfemünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

Der neue Marken-Zuckerpreis in Deutschland. Der Preis des zur Einführung der Zulu-Marken bestimmten Zuckers ist durch das Reichsmintministerium für Ernährung und Landwirtschaft gegenüber dem bisherigen Grundpreis um 95 Prozent erhöht worden. Demnach stellt sich der Großhändlerpreis auf 2450 Mark (Pfund), anschließend Sack ab Lager Großhändler.

* Unsere geehrten Freier werden gebeten, bei Bestellungen und Einländen sowie Oefferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf dasselbe beziehen zu wollen.

Thorn.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, d. 22. Juli 1923.

(8. n. Trinitatis).

St. Georgen-Kirche.

Vorm. 9: Gottesdienst.

Neust. evgl. Kirche.

Vorm. 10 1/4 Uhr: Gottesdienst.

Gottesdienst. 11 1/4 Uhr: Adr.

Gottesdienst. Nachm. 4:

Jugendversammlung.

Freitag, nachm. 6: Versammlung der weiß. Jugend.

Büderstr. 20, Pf. Heuer.

Ev. Gemeinschaft

innerhalb der Landeskirche, Kapelle a. Bayern.

Morgens 8 1/2: Gebetsstunde.

11: Kdt.

Gebetsstunde. Nachm. 4:

Jugendversammlung.

Freitag, 6: Versammlung der weiß. Jugend.

Büderstr. 20, Pf. Heuer.

Gebetsdienst.

Groß Neust. Nachm.

3 Uhr: Gottesdienst.

Gürste, Vorm. 9 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Guttan, Nachm. 2 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Penau, Nachm. 5 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Ottloßhain, Vorm. 8 1/2

Uhr: Gottesdienst, Pf.

Brohm.

Sachsenbrück, Vorm.

10 1/2 Uhr: Gottesdienst, Pf.

Abendmahl, Pf. Diehl.

Gottesdienst.

Groß Neust. Nachm.

3 Uhr: Gottesdienst.

Gürste, Vorm. 9 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Guttan, Nachm. 2 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Penau, Nachm. 5 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Ottloßhain, Vorm. 8 1/2

Uhr: Gottesdienst, Pf.

Brohm.

Sachsenbrück, Vorm.

10 1/2 Uhr: Gottesdienst,

Pf. Diehl.

Gottesdienst.

Groß Neust. Nachm.

3 Uhr: Gottesdienst.

Gürste, Vorm. 9 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Guttan, Nachm. 2 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Penau, Nachm. 5 Uhr:

Gottesdienst, Pf. Amrich.

Ottloßhain, Vorm. 8 1/2

U

Tschechische Königsträume.

Aus Prag erhält der „Hannoversche Kurier“ von einem Berichterstatter folgende Darstellung:

Nach der Rückkehr des Präsidenten Masaryk von seinem Erholungsurlaube waren in Prag Gerüchte von einer schweren Erkrankung des tschechischen Staatsoberhauptes verbreitet. Wohl hatte kein einziges deutsches Blatt diese Gerüchte erwähnt, die Presse der tschechischen Koalitionsparteien hingegen verzehnten diese Gerüchte und erklärten, sie seien von den „inneren Feinden“ erfunden und verbreitet worden. Das kommunistische „Rude Pravo“ stellt nun aber fest, diese Gerüchte seien nicht von den „nationalen Feinden“, sondern von tschechisch-monarchistischen Kreisen, in denen Dr. Kramarsch eine große Rolle spielt, in Umlauf gesetzt worden. Es handele sich um monarchistische Machenschaften, die durch die tschechischen Adeligen und durch den englischen Adel unterstützt werden. Ziel dieser monarchistischen Machenschaften sei, einen englischen Prinzen auf den tschechischen Thron als König zu setzen. Die monarchistischen Kreise glauben, sich auf die Unterstützung der Offiziere und hohen Bürokraten zu maßgebenden Stellen verlassen zu können. Es sei bereits ein Plan für den Fall des Ablebens des Präsidenten Masaryk verabredet. Deshalb verbreiten die Urheber dieses Plans beständig die Nachricht von einer Erkrankung des Präsidenten Masaryk, deshalb führt Dr. Kramarsch und seine Partei ständig den Kampf gegen die Burgpolitik (gemeint ist damit die Burg auf dem Hradčin in Prag, in der Masaryk residiert), deshalb ruft die nationaldemokratische Jugend beständig nach der Beseitigung des Dr. Beneš, weil dieser eben ein Vertrauensmann des Präsidenten Masaryk ist, deshalb organisiert Dr. Kramarsch die faschistische Bewegung und deshalb führt der Nationaldemokrat Dr. Mareš den Kampf gegen den Präsidenten Masaryk und erwärmt sich für die Wiedererrichtung der schönen Zeit unter König Georg von Podiebrad. Es besteht in der Tschechoslowakei eine besondere Massie, die sich die Wahl des englischen Prinzen zum Könige als Ziel gesetzt hat und ständig beunruhigende Gerüchte verbreitet. Die Feststellungen des kommunistischen Blattes klingen zwar phantastisch. Aber man darf nicht übersehen, dass die Tschechen manche ihrer Phantasien in die Tat umgesetzt haben ...

Zugeschnittene Rissenteile

auch fertig genagelt
a. Wunsch geziert, in
je gewünscht. Stärke
u. Ausführg. liefern

A. Medzeg,
Gordon a. d. Weichsel.
Telefon 5. 2757

Weiß- Gerberei

gebt Felle für Pelz-,
Schuh- u. Geschirrwerde.
Bvgm. Augusta 19.

Offene Stellen

Kohlen- fachmann

nur erste selbständige Kraft, mit guten Verbindungen, für Kohlenhandlung gesucht. Bewerbg. mit Lebenslauf, Lichtbild und Gehaltsansprüchen unter Nr. 2848 an Ann. Exped. C.B., „Express“ Jagiellońska. 7225

Buchhalter (m)

bilanziär und mit amerit. Buchführung vertraut, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbung schriftlich an Verein Creditoreform Bydgoszcz. 7226 ul. Dworcowa 22/23, II.

Tüchtiger Schlosser oder Schmied

möglich älterer vielseitig erfahrener, d. mit Dampfdruckmaschinen Becheid weiß, findet dauernde Beschäftigung eventl. auch auswärtsweise bei Schlossermeister Oskar Keller, Węgorzewic, ulica Pocztowa.

1 Rentarbeiter

(wen. Beigaben)
1 Bäuerin

suchen sofort Gebr. Schlieper, Gdansk 99.

Verh. Gärtner

mit Schorwerken findet sofort oder zu 1. Oktober Stellung in Tittlewoh. Kornatowo.

Mtp. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Damen

gesucht. Meldungen vormittags 11-2 Uhr.

Hurtownia Beczef,

Tel. 247. Bydgoszcz-Okole, Berlinska 14.

Zu baldigem Eintritt perf. Buchhalterin

poln. u. dtch. in Wort u. Schrift f. Brauerei-
kontor gesucht. Bew. m. Zeugn.-Abdr. u. Ge-
haltsford. an die Gsch. der Deutsch. Rundsch.

7281

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223

Anfragen E. Stoering, Smigiel, Rynek 29.

Zum Verkauf eines lohnenden, geschützten

Massenartikels werden geeignete 7247

Gew. 500 000.- u. mehr

monatlich als Nebenerdienst. 7223